

23. 04. 80

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

Bonn, den 23. April 1980

14 (32) — 243 02 — 01 14/80

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den Beschluß der Bundesregierung über eine Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee für Deutschland.

Ich bitte, die Unterrichtung auf die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung zu nehmen.

Schmidt

Beschluß der Bundesregierung über eine Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee für Deutschland

1. Die Bundesregierung empfiehlt dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland, keine Mannschaft oder einzelne Sportler zu den Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau und Tallin zu entsenden. In Übereinstimmung mit der gemeinsamen Presse-Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und des Bundeskanzlers vom 5. März 1980 hält sie eine Teilnahme deutscher Sportler an den Olympischen Sommerspielen 1980 nicht für angebracht, solange die sowjetische Besetzung Afghanistans andauert. Sie steht auch in dieser Frage zu ihrem Verbündeten Vereinigte Staaten von Amerika.
2. Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß es Sache der Sowjetunion sei, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Sportler aller Länder an den Spielen teilnehmen können. Der Sowjetunion ist bekannt, daß sie diese Voraussetzungen durch einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan schaffen kann. Die mit einer Mehrheit von 104 Stimmen angenommene Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Januar 1980 hat den unverzüglichen Rückzug verlangt. Die Sowjetunion hat dies bis heute nicht getan. Es liegen auch keine Anzeichen dafür vor, daß sich die Lage bis zum Ablauf der Anmeldefrist für die Nationalen Olympischen Komitees (am 24. Mai) ändert. Die Sowjetunion hat vielmehr deutlich gemacht, daß sie ihre Truppen derzeit nicht abziehen will.
3. Die Bundesregierung weiß, daß ein Verzicht auf eine Olympiateilnahme viele Sportler schwer trifft, die sich seit Jahren in hartem Training vorbereitet und persönliche Opfer gebracht haben. Die Olympischen Spiele können aber nicht isoliert vom Weltgeschehen gesehen werden. Deshalb appelliert die Bundesregierung ebenso an die staatsbürgerliche Verantwortung unserer Sportler und Sportorganisationen wie an deren Solidarität mit denjenigen Sportlern anderer Staaten, die an der Olympiade nicht teilnehmen werden.

Die Bundesregierung wird an der bewährten Leistungssportförderung uneingeschränkt festhalten und Sportbegegnungen im internationalen Bereich weiterhin nachdrücklich fördern.